

Wird die Welt jetzt friedlicher?

Biden ist neuer US-Präsident – Kriegsgefahr nicht gebannt

Nicht nur deutsche Politiker sind erleichtert über den Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA. Nein, auch viele andere Menschen verbinden mit dem neuen US-Präsidenten Joseph (Joe) Biden Hoffnungen – unter anderem Hoffnungen auf eine friedlichere Welt.

War es denn nicht der Dreistigkeit und Eigensinnigkeit Donald Trumps geschuldet, dass die US-Politik unter dem Slogan „America First“ allein US-amerikanische Interessen verfolgte und sich aus der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit bisherigen Verbündeten verabschiedete? War es nicht Donald Trump, der eine aggressive US-Außenpolitik verfolgte, gegen Russland, China und auch die EU hetzte, einen wahren Wirtschaftskrieg gegen China begann und alle Staaten gleich mit bestrafen wollte, die weiter mit China Handel trieben? Und war es nicht auch Donald Trump, der den INF-Vertrag zum Verbot von nuklearen Mittel-

streckenraketen kündigte und die „Defender“-Manöver ins Leben rief?

Ja, es ist richtig: das alles war die US-Politik unter Donald Trump. Es ist nur die Frage, ob das nicht auch weiterhin die US-Politik sein wird – nun halt unter Joe Biden. Denn die Frage ist, warum diese aggressive Politik aus Sicht der USA nötig war und ob sich an dieser Situation etwas geändert hat.

Warum stehen die Zeichen immer noch auf Krieg?

Hintergrund der Politik der USA ist nicht etwa ein sturköpfiger Donald Trump, der sich aufführt wie ein Elefant im Porzellanladen. Nein, Hintergrund ist der rasante wirtschaftliche Abstieg der USA – wie auch weiterer westlicher Staaten, während Chinas wirtschaftliche Bedeutung immer weiter anwächst. Die USA sind dadurch in ihrer Weltmachtstellung bedroht und wollen ihre Vormachtstellung mit allen Mitteln verteidigen.

Auch der neue US-Präsident, Joe Biden, wird um jeden Preis den wirtschaftlichen Niedergang der USA verhindern wollen. Biden will dies aber nicht mehr per Alleingang erreichen, sondern wird wohl wieder stärker auf ein Zweckbündnis mit Europa setzen.

Dadurch ist die Kriegsgefahr gegenüber Russland und China aber längst nicht vom Tisch. Sie hat sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage sogar noch verschärft. Denn während die USA zum Jahresende 2020 eine wirtschaftliche Negativentwicklung von Minus 3,5 Prozent erreicht, ist China die einzige größere Volkswirtschaft weltweit, die im Coronakrisenjahr ein Wachstum aufweisen kann.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Konsequenterweise wird Biden den wirtschaftlichen Druck auf China aufrechterhalten und z.B. die Strafzölle auf chinesische Waren beibehalten. Er will die multilaterale Zusammenarbeit mit der EU insbesondere in der Konfrontation mit China ausbauen, weshalb er z.B. auch nichts vom Abzug eines Teils der US-Truppen aus Deutschland hält.

Biden wird mit Antony Blinken einen Außenminister ernennen, der sich für ein „robustes Eingreifen“ in Syrien und Libyen einsetzte und der eng mit der US-Rüstungsindustrie verbunden ist. Und auch Biden selbst ist nicht gerade ein Pazifist. Während seiner früheren Zeit im US-Senat und als Obamas Vizepräsident war er ein würdiger Vertreter des US-Imperialismus, der den „Krieg gegen Drogen“ in Lateinamerika ebenso befürwortete wie den „Krieg gegen Terrorismus“ im Mittleren Osten.

Bitte lesen sie weiter auf Seite 2



AUCH IN ZEITEN VON KRISE UND PANDEMIE

FÜR FRIEDEN,
ARBEIT,
SOLIDARITÄT

WIR WÜNSCHEN ALLEN EIN KÄMPFERISCHES JAHR 2021!

Für den DKP-Parteivorstand
Olaf Harms | Richard Höhmann | Patrik Köbele | Renate Koppe |
Klaus Leger | Rainer Perschewski | Wera Richter



Liebe Leserin, lieber Leser!

Das war ein höchst ungewöhnliches Jahr, das gerade zu Ende gegangen ist. Eine gefährliche Pandemie, eine Wirtschaftskrise und der Kapitalismus, in dem wir leben, trafen aufeinander. Ganz gewöhnlich ist dagegen die Reaktion der Herrschenden. Sie wollen die Kosten von den Banken und Konzernen fernhalten und den Lohnabhängigen und kleinen Gewerbetreibenden aufbürden.

Im Schatten der Pandemie versucht die Koalition aus fast allen Parteien des Bundestags, lang gehegte Pläne bei Aufrüstung und Demokratieabbau durchzusetzen. Der Grundwiderspruch dieser Gesellschaft zwischen „Lohnarbeit und Kapital“ zeigt sich bei Interessen des Monopolkapitals: Diese dürfen nicht angeührt werden.

Während Banken und Konzerne mit Milliarden Euro unterstützt werden, bangen viele arbeitende Menschen um ihre Existenz.

Während das Leben und die Grundrechte von Millionen Menschen mittels Lockdown massiv eingeschränkt werden, dürfen im Sinne der kapitalistischen Produktion die „Hotspots“ öffentlicher Nahverkehr, gefährdende Arbeitsbedingungen und das Wohnen von Billiglohnkräften auf engstem Raum weitergehen. Der Tarifkampf des öffentlichen Dienstes hat aber auch gezeigt, dass viele Menschen kampfbereit sind und sich diesen Interessen widersetzen.

Die massive Härte, mit der diese Kombination aus Krise, Kapitalismus und Pandemie die Menschen trifft, ist ein zentraler Punkt für unser Eingreifen im Jahr 2021.

Ein zweiter ist die massive Aufrüstung und damit die Erhöhung der Kriegsgefahr. Ein dritter wird die Abwehr des Angriffs auf unsere demokratischen Rechte sein.

Dazu müssen alle friedliebenden und demokratischen Menschen ihre Kräfte vereinen. Wir Kommunistinnen und Kommunisten meinen: Die größte Gefahr ist die Kombination aus Virus und Profitsystem. Wer an die Wurzel der Probleme gehen will, muss den Kapitalismus in Frage stellen. ■



Michael Götz,
Vorsitzender der
DKP Hamburg

Fortsetzung von Seite 1



Er unterstützte die US-Invasion im Irak und in Afghanistan. Alles im Interesse der USA. Insofern ist davon auszugehen, dass auch unter Joe Biden keine Entspannungspolitik der USA gegenüber Russland und China zu erwarten ist.

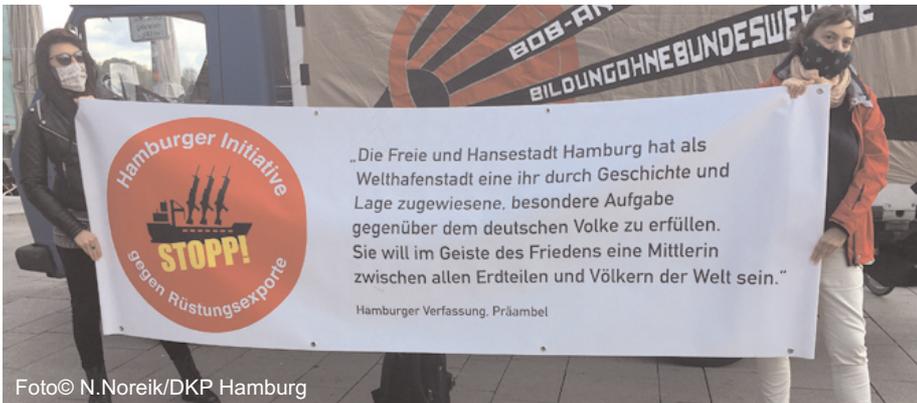
Nein zur Kriegsvorbereitung!

Wir Kommunisten wollen nicht, dass die Deutsche Regierung sich an Sanktionen oder gar der Kriegsvorbereitung gegen Russland oder China beteiligt. Wir wollen keine stärkere Kooperation Deutschlands oder der EU mit den USA, um die US-Wirtschaft gegen das aufstrebende China zu verteidigen. Wir wollen eine echte Entspannungspolitik gegenüber Russland und China.

Deshalb fordern wir:

- Deutschland raus aus der NATO
- Keine Sanktionen und Aggressionen gegen Russland und China
- Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland
- Kein Geld für neue Kampfflugzeuge und Drohnen
- Stattdessen: Verwendung der für die Rüstung vorgesehenen Gelder zur Abfederung der Folgen der durch Corona verstärkten Wirtschaftskrise





Foto© N.Noreik/DKP Hamburg

Volksinitiative gegen Rüstungsexporte für einen zivilen Hafen in Hamburg

Der Hafen ist eine der Lebensadern unserer Stadt, unser Tor zur Welt. Er ist mit Abstand der stärkste deutsche Seegüterhafen und die Nummer 3 in Europa. Doch über den Hamburger Hafen werden nicht nur zivile Güter umgeschlagen. Von Hamburg geht auch der Tod in alle Welt. Panzer, Kanonen, Haubitzen, Mörser, Gewehre, Revolver und ja, auch Kriegsschiffe, ganz oder in Teilen. Kriegsgerät aller Art. Was alles und wie viel davon umgeschlagen wird – diese Infos sind nicht zugänglich.

Was wir genau wissen: Allein im 2. Und 3. Quartal diesen Jahres wurden 197 Container mit Munition umgeschlagen, die

unter gefahrgutrechtliche Vorschriften fällt und deshalb als einzige Waffenlieferungen eindeutig identifiziert werden kann, Container, die Patronen, Bomben, Granaten, Minen, Gefechtsköpfe enthielten. Das ist - wie gesagt - nur ein Bruchteil der tatsächlich umgeschlagenen Rüstungsgüter. Aber auch das waren bereits 33 Container im Monat.

Um die Größenordnung dieser Lieferungen zu verstehen, hier ein Beispiel: Im 2.Quartal 2020 gingen 14 Container mit jeweils ca. 17 Millionen Patronen für Handfeuerwaffen nach Kolumbien (wo Krieg gegen die eigene Bevölkerung geführt wird) und nach Oman (eine absolute Monarchie).

Das muss sich ändern. Deshalb hat sich das Bündnis „Volksinitiative gegen Rüstungsexporte – für einen zivilen Hamburger Hafen“ gegründet. Ein Bündnis aus Friedensinitiativen, friedenspolitisch engagierten Menschen, Gewerkschaften, kirchlichen und linkspolitisch aktiven Gruppen und Parteien.

Das Bündnis will gemeinsam mit euch Hamburger*innen erreichen, dass der Senat das Geschäft mit dem Tod beendet und im Geiste der Hamburger Verfassung handelt: *„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen.Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.“*

Wie wird das Bündnis aktiv? U.a. durch eine Volksinitiative, die in einem Volkstentscheid enden wird. Die erste Stufe startet im Frühjahr 2021. In dieser Stufe müssen innerhalb von 6 Monaten 10.000 Unterschriften gesammelt werden. ■

Wir, die DKP, werden dabei sein und die Initiative nach Kräften unterstützen!

Krieg beginnt hier!

Verbot des Rüstungsumschlags über den Hamburger Hafen!

Opposition beginnt auf der Straße!

dkp.de

DKP

V.i.S.d.M. M.Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

Für einen zivilen Hafen und ein weltoffenes Hamburg!

Homepage:
<https://ziviler-hafen.de/>

E-Mail:
kontakt@ziviler-hafen.de

Telefon: 0174 8284581

Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

STOPP!
Volksinitiative gegen Rüstungsexporte

Gegen Rüstung und Krieg, für ein soziales und demokratisches Deutschland

Während in Deutschland allerten darüber debattiert wird, wie die enormen Kosten der Coronakrise bewältigt werden können, steigen die Ausgaben für die Rüstung unaufhörlich weiter an. In 2020 waren es bereits rund 45 Milliarden Euro. 2021 sollen es 50 Milliarden werden.

Und laut NATO-Beschluss, dem auch Deutschland zugestimmt hat, sollen die Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts steigen, was jährliche Rüstungsausgaben von rund 70 Milliarden Euro bedeuten würde.

Unter anderem plant die Bundesregierung die Anschaffung von 138 Kampfbombern, darunter 30, die in der Lage sind, die in Büchel lagernden US-Atomwaffen zu tragen. Diese Politik verschärft die weltweit steigende Gefahr von atomaren Kriegen.

Aus meiner Sicht ist es gerade hier und heute sehr wichtig, den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Krieg und Faschismus zu verdeutlichen. Hierbei hilft ein geschichtlicher Rückblick: Beide Weltkriege sind von deutschem Boden ausgegangen. Krieg war für die Großindustrie auf der Jagd nach Rohstoffen und Absatzmärkten schon immer ein probates Mittel.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkriegs bediente sich die Großindustrie der Faschisten, die sie seit Anfang der 1930er Jahre förderte.

Die KPD hat es damals in ihrer berühmten Losung zur Reichspräsidentenwahl auf den Punkt gebracht: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler; wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Mehr als 70 Millionen Tote weltweit waren der Preis für das Großmachtstreben der deutschen Großindustrie und den Faschismus an der Macht.



Demo am Antikriegstag in Hamburg 01. September 2020

Knapp fünfzig Jahre nach dem 2. Weltkrieg war Deutschland wieder an vorderster Front der Kriegstreiber. Mitte der 90er Jahre führte die NATO unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien.

Und wer gedacht hatte, dass es in Deutschland nach 1945 nie wieder zu faschistischen Umtrieben kommen könnte, der sah sich bitter enttäuscht. Schon in den 1950er Jahren konnten faschistische Parteien und Organisationen in Deutschland wieder offen auftreten, und seit Anfang der 1990er Jahre haben faschistische und fremdenfeindliche Propaganda und Übergriffe in Deutschland merklich zugenommen.

Die rassistische und völkisch-orientierte AFD wurde hoffähig gemacht und ist inzwischen sowohl im Bundestag als auch in allen Landtagen vertreten.

Diese Rechtsentwicklung empfinde ich als beschämend und unerträglich.

Die DKP setzt sich seit ihrer Gründung 1968 unbeirrt gegen Faschismus und Krieg sowie für weltweite Abrüstung ein. Sie hat sich von Beginn an mit all ihrer Kraft in die Friedensbewegung sowie die antifaschistische Bewegung eingebracht. Sie kämpft gegen die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, für gerechte, soziale und menschenwürdige Verhältnisse und letztlich für die Überwindung des kapitalistischen Systems. Sie hat stets den Zusammenhang von Kapitalismus, Krieg und Faschismus offengelegt. ■

Deshalb kandidiere ich für die DKP bei der Bundestagswahl 2021.



Dirk Wilke, 59
IT-Systemberater,
Betriebsrat
Stellv. Vorsitzender der DKP Hamburg



Kandidaten und Kernaussagen der DKP zu den Bundestagswahlen 2021



Dirk Wilke, 59

IT-Systemberater
Betriebsrat, Stellv. Vorsitzender
der DKP Hamburg



Nils Hansen, 43

Lagerarbeiter
Vorstandsmitglied der IGBCE
Ortsgruppe Bergedorf Vorsit-
zender der DKP Bergedorf



Olaf Harms, 60

Versicherungskaufmann
Gesamt-/Betriebsratsvorsitzen-
der, aktiv in ver.di, Mitglied des
Sekretariats des Parteivostands
der DKP

**Gegen die Macht der Banken und Konzerne –
Für die Interessen der großen Mehrheit der
Menschen in diesem Land**

**Gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die
Werkstätigen – Die Reichen sollen zahlen**

**Gegen Krieg und Hochrüstung –
Für Frieden mit China und Russland!**

**Gegen den Abbau sozialer und demokratischer
Rechte – Für Klassensolidarität!**

Für den Sozialismus!



DKP wählen – Aktiv werden Für unsere Rechte kämpfen

Eine Stimme für die DKP ist eine klare Aussage für eine radikal fortschrittliche Politik.

Die DKP kandidiert zu den Wahlen, um ihre Positionen zu verbreiten und um mehr Menschen für den antimonopolistischen Kampf, den Kampf gegen die Macht der Banken und Konzerne und für die Interessen der Mehrheit der Menschen zu mobilisieren. Dieser Kampf wird in erster Linie auf der Straße und nicht allein in Parlamenten geführt. Deshalb sind wir aktiv in Kommunen, Gewerkschaften und Betrieben.

Wir kandidieren, um den Menschen in diesem Land die Möglichkeit zu geben, ihre Stimme gegen Krieg und Kapitalismus abzugeben. Wir kandidieren auch, um unsere Organisation, die Kommunistische Partei in diesem Land, zu stärken. Sie wird gebraucht. Unterstützt uns, die Kommunistinnen und Kommunisten! ■

**Weitere Informationen:
www.dkp.de/wahlen | pv@dkp.de**

Es ist „100 Sekunden vor 12“



Seit dem 24.1.2020 ist die Weltuntergangsuhr - auch Atomkriegsuhr genannt - wieder mal etwas vorstellt worden, von zuletzt „2 Minuten vor 12“ auf 1 Minute und 40 Sekunden, das sind „100 Sekunden vor 12“.

Die Weltuntergangsuhr ist das erste Mal 1947 nach dem Ende des 2. Weltkriegs und dem ersten Einsatz von Atombomben in einem Krieg, den Atombombenabwürfen durch die USA über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki, in die Diskussion gebracht worden. Von da an hatte die Menschheit – allen voran die Regierungen der Atommächte - die Technologie in der Hand, sich auszurotten und die Lebensgrundlage der Menschheit zu zerstören.

2019, als die Uhr auf „2 Minuten vor 12“ gestellt wurde, hieß es in der Begründung,

dass die Menschheit durch zwei existenzielle Gefahren – Nuklearwaffen und der Klimawandel – bedroht sei. Beide seien Grund genug für hohe Sorge und umgehende Aufmerksamkeit. Die aktuellen 20 Sekunden wurden abgezogen, weil sich die internationale politische Situation weiter zugespitzt hat und der Klimawandel ungehindert weiter rollt.

Aktuell ist die internationale Staatengemeinschaft weiter von einer weltweiten Abrüstung der Atomwaffen entfernt als je zuvor. Immer mehr Staaten sehen in der Bewaffnung mit Atomwaffen einen gewissen Schutz vor den traditionellen Atomstaaten, allen voran den USA. Zu den Atommächten gehören auch Pakistan und Indien. Die Widersprüche zwischen diesen Ländern spitzten sich in den letzten Jahren deutlich zu. Die Gefahr eines Atomkriegs ist groß.

2019 haben US-amerikanischen Atomwissenschaftler untersucht, welche Auswirkungen eine regionaler Atomkrieg zwischen Pakistan und Indien hätte. Ergebnis: 50 bis 125 Millionen Menschen wären sofort tot, die nuklearen Feuer brächten 16 bis 36 Milliarden Kilogramm Ruß in die Luft, der bis in die Troposphäre reichen und dann in die ganze Welt transportiert würden. Das Sonnenlicht würde weltweit um 20 bis 35% reduziert, die Temperatur fiel weltweit um 2 bis 5°C und der Niederschlag würde um 15 bis 30 Prozent reduziert. Dabei gingen bis zu 30 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion verloren. Das würde noch einmal Millionen weitere Menschenleben kosten.

Die Folgen eines Krieges zwischen den USA und Russland oder China wären potenziell noch viel weitreichender. Deutschland als Lagerort amerikanischer Atomwaffen wäre mit als erstes betroffen. Es ist also wirklich nicht mehr „5 vor 12“. Wir haben nur noch symbolische Sekunden, um gemeinsam für Frieden und Abrüstung auf die Straße zu gehen! ■

Ich möchte:

- weitere Informationen über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden
- die UZ, Zeitung der DKP, kostenlos zur Probe lesen

Name	Vorname
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Telefon	E-Mail
<input type="text"/>	<input type="text"/>

Zurück an: DKP . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen . Tel.: 0201 - 17 78 89 0 . E-Mail: pv@dkg.de

Der UZ SHOP

T-Shirts • Kapuzenpullover • Fahnen
Bücher • Broschüren • Tassen
Aufkleber • CDs • DVDs • Turnbeutel
Antiquariat und vieles mehr

uzshop.de

Unterstützt die Forderungen der Hamburger Krankenhausbeschäftigten!



Foto: David Hinze

Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher ist selbst Arzt, aber leider ist davon in seinem Krisenmanagement gegen die Corona-Pandemie nichts zu merken. Bis heute gibt es in den Hamburger Krankenhäusern keine einheitlichen Test- und Hygienekonzepte. Pflegekräfte arbeiten zum Teil stundenweise auf Covid-19 Stationen und kehren danach – ohne Test – wieder zur Arbeit auf ihre Krebsstation zurück. Bei solchen Vorgehensweisen sind Massenausbrüche, wie es sie in mehreren Kliniken gibt, vorprogrammiert. Diese Ausbrüche liegen nicht an dem tückischen Virus, sondern an dem Umgang mit ihm. Trennung von Covid- und Nicht-Covid-Bereichen, wie es die Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts vorsehen: Fehlanzeige in Hamburg!

Die Kolleg*innen in den Krankenhäusern gehen bereits jetzt weit über ihre Belas-

tungsgrenzen hinaus. Mitten in der Pandemie hat der Senat die Gesundheitsbehörde aufgelöst und sie in die Sozialbehörde eingegliedert. Trotz der hohen Infektionszahlen hat das neue Amt bis kurz vor Weihnachten keine Vorgaben an Asklepios gemacht, Betten frei zu halten oder verschiebbare Operationen abzusagen. Diese Entscheidung bleibt den privaten Krankenhausbetreibern vorbehalten. Letztere geben offen zu, dass sie erst dann Betten frei halten, wenn dafür wieder lohnende Pauschalen gezahlt werden.

Auch sonst wird die Behörde unter Senatorin Marion Leonhard ihrer Aufgabe nicht gerecht: ob Personaluntergrenzen, Hygienevorschriften oder Schutzmaterial: eine effektive Kontrolle findet nicht statt. Von einer koordinierten Bekämpfung der Pandemie unter Einsatz aller möglichen materiellen und persönlichen Ressourcen ganz zu schweigen.

Bereits in der ersten Welle benannten die Kolleg*innen der Hamburger Krankenhausbewegung in einem offenen Brief an den Bürgermeister die Missstände und auch Maßnahmen, um diesen entgegen zu wirken. Im November lehnte Tschentscher erneut ein Gespräch ab und erklärte gleichzeitig vor die Presse, in den Hamburger Kliniken sei alles in Ordnung.

Asklepios macht man keine Vorschriften, um deren Profite nicht zu gefährden. Die Einschränkung der persönlichen Freiheiten der einzelnen ist für den Senat kein Problem. Zur Bekämpfung der Pandemie braucht es die Kontaktbeschränkungen. Aber diese sind solange absurd, wie Kinder in überfüllten Klassenzimmern und lohnabhängig Beschäftigte auf dem Weg zu und von der Arbeit in ebenso vollen Bahnen und Bussen sitzen. Mitten in der Pandemie lässt die Hamburger Regierung Wohnungen zwangsräumen. Im Vergleich zu dem großen Schutzschirm für die Konzerne, sind die staatlichen Hilfen für Lohnabhängige ein Witz.

Das was gerade läuft, ist eine gigantische Umverteilung zugunsten der Reichen. Während sie Milliardenhilfen aus Steuergeldern kassieren, schütten sie gleichzeitig Milliarden an ihre Aktionäre aus. Wir brauchen die Mobilisierung aller Ressourcen zur Bekämpfung der Pandemie! Für eine sofortige Sonderabgabe der Großunternehmen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer! ■



Augenwischerei und Inkompetenz

Senator Rabe manövriert die Schulen in den 2. Lockdown



In den Klassenräumen haben Schülerinnen und Schüler oft keine Chance, Abstand zu halten. (Foto: picture alliance / dpa / Gregor Fischer)

3¹/₂ Monate waren die Schulen seit dem Sommer im „Regelbetrieb“ - um nun in erneute Schließungen und „Fernunterricht“ zu rasseln.

Die Hamburger Schulpolitik ist für die hohen Corona-Infektionszahlen sicher nicht (alleine) verantwortlich. Sie – und besonders den Schulsenator Rabe – trifft aber die Verantwortung für viele vermeidbare Infektionen an den Schulen und vor allem für den desaströsen Zustand der Schulen im zweiten Lockdown.

Die Schulpolitik orientierte sich an zwei Richtlinien: Die Schulen sollten unbedingt im „Regelbetrieb“ offen bleiben (in erster Linie damit die Eltern weiter arbeiten gehen können) und Rabe sollte in der Öffentlichkeit als „Macher“ dastehen.

1. Behauptung: „Die Schulen sind sicher“.

Das wiederholte Rabe wie ein Mantra.

Fakt ist: Nahezu $\frac{1}{4}$ aller Neuinfektionen in Hamburg betreffen Schülerinnen und Schüler sowie Schulpersonal. Mehrere

Schulen mussten zeitweilig ganz schließen, etliche ganze Jahrgänge zu Hause lassen. Wenn das RKI in 75% der Fälle nicht nachverfolgen kann, woher die Infektionen stammen, wie kann Rabe dann behaupten, dass die Infektionen nicht in Schulen stattgefunden haben und die Schulen sichere Orte seien? Rabe ignorierte die dringenden Empfehlungen des RKI und die Forderungen z.B. der GEW, rechtzeitig auf einen geplanten und organisierten Wechselunterricht umzusteigen. Stattdessen sind nun die Schulen de facto erneut ganz dicht.

2. Behauptung: „Die Schulen sind auf den neuen Lockdown vorbereitet“.

Die Schulschließungen im Frühjahr waren eine Katastrophe vor allem für Schüler aus den armen Stadtteilen. Was wurde getan, damit ein weiterer Lockdown nicht noch einmal zum Brandbeschleuniger der sozialen Auslese wird?

Fakt ist: Weiterhin haben sehr viele Schülerinnen und Schüler keine für „Fernunterricht“ notwendigen digitalen Endgeräte.

Die Schulbehörde hat zwar einige Geräte gekauft (und nach dem Gießkannenprinzip an die Schulen gegeben), diese lagern aber zum größeren Teil seit Wochen ungenutzt in den Schulen, weil Schüler in Stadtteilen wie Blankenese oder Harvestehude fast alle bereits Geräte haben – diese fehlen dann in Billstedt oder Veddel. Weiterer Grund: Die Behörde hat kein Personal eingestellt, um die Geräte einsatzbereit zu machen und keine geeignete Software zur Verfügung gestellt. Nun bleiben Tausende Schüler erneut ohne digitale Geräte und ohne Internet zu Hause.

Monatelang hat Thies Rabe unwissenschaftliche Sprechblasen losgelassen anstatt wirksame Konzepte für Schule unter Pandemiebedingungen zu entwickeln. Die Hamburger Schulpolitik hat in der Corona-Krise auf ganzer Linie versagt und einen Scherbenhaufen hinterlassen. Die Opfer sind die Schulbeschäftigten, die verheizt und einem unnötig hohen Infektionsrisiko ausgesetzt werden, und vor allem die Schülerinnen aus den Arbeiterstadtteilen, die wohl wieder wochenlang nicht angemessen lernen können und auf sich allein gestellt zu Hause verkümmern.

Note: 6, setzen!



Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00
www.dkp-hamburg.de oder www.dkp.de
V.i.S.d.P: M. Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

